

## Antrag

der Fraktion der CDU

### Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 17/7300 –  
Landeshaushaltsgesetz 2019/2020 (LHG 2019/2020)

### **Investieren. Entlasten. Zukunft schaffen. Initiative für mehr sozialen Wohnungsbau für Frauen aus Frauenhäusern**

Der Landtag stellt fest:

Gewalt gegen Frauen im sozialen Nahbereich, im städtischen und ländlichen Bereich aber auch innerhalb einer Partnerschaft ist trauriger Alltag. Im Jahr 2017 wurden fast 140 000 Frauen und Männer von ihrem Partner oder Ex-Partner misshandelt oder bedroht. Im Schnitt alle zwei bis drei Tage wurde eine Frau von ihrem aktuellen oder früheren Lebensgefährten getötet. 147 Frauen starben insgesamt infolge häuslicher Gewalteinwirkung. Tatort ist meist die Wohnung des Opfers.

Dabei sucht nach Angaben des Familienministeriums nur jedes fünfte Opfer Hilfe, die Dunkelziffer sei deutlich höher als die angezeigten Fälle.

Frauenhäuser sind für misshandelte und bedrohte Frauen und ihre Kinder oft die letzte Rettung. Oft dauert es Jahre, bis Frauen den Mut aufbringen, sich von ihrem Mann zu trennen. Haben sie sich zunächst eingeredet, wegen der Kinder aushalten zu müssen, sind es irgendwann die Kinder, wegen derer sie schließlich die Koffer packen. Ihnen wollen und können sie den psychischen Druck und die Schläge nicht mehr zumuten und haben keine Kraft mehr, sie und sich selbst gegen die Gewalt zu schützen.

Innerhalb der Frauenhäuser finden die traumatisierten Frauen nicht nur Schutz sondern werden Dank vielfältiger therapeutischer oder lebenspraktischer Hilfe auch auf ein selbstbestimmtes Leben vorbereitet.

In Rheinland-Pfalz gibt es aktuell 17 Frauenhäuser, die von Gewalt bedrohten oder betroffenen Frauen und ihren Kindern Zuflucht bieten. Ferner gibt es Anlauf- und Beratungsstellen sowie Notrufe, die miteinander vernetzt sind, um Frauen in Not zu helfen. Für die betroffenen Frauen und ihre Kinder ist dieses Angebot ein erster Schritt hin zu einem selbstbestimmten Leben ohne Angst, Gewalt und Bedrohung.

Die Situation der Frauenhäuser in Rheinland-Pfalz stellt sich zunehmend problematisch dar. Aufgrund der hohen Anzahl hilfesuchender Frauen und ihrer Kinder, gibt es zu wenig freie Plätze. Zusätzlich zu dem fehlenden Platzangebot mangelt es an Personal, welches neben der vielfältigen Betreuung der traumatisierten Frauen und ihrer Kinder auch bei der Wohnungssuche helfen muss. Nun hat das Land Rheinland-Pfalz zugesagt, ein weiteres Frauenhaus zu eröffnen. Dies sehen wir zunächst einmal als Verbesserung der Situation und begrüßen diesen Schritt sehr.

b. w.

Laut Aussage der „Konferenz der Frauenhäuser Rheinland-Pfalz“ gestaltet sich die Wohnungssuche für Frauen, die außerhalb der Frauenhäuser eine eigene Wohnung suchen, als zunehmend langwierig und schwierig, da es an Sozialwohnungen, d. h. bezahlbarem Wohnraum fehlt.

Fast keine der Frauen hat auf dem freien Wohnungsmarkt eine Chance. Die zeitaufwendige Wohnungssuche, bei der Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser bzw. Beratungsstellen helfen, bindet weiteres Personal, welches ohnehin zu knapp bemessen ist. Dadurch prolongiert sich die Verweildauer der einzelnen Frauen innerhalb der Frauenhäuser.

Die jeweils nötige Verweildauer hängt von der jeweiligen Situation der Frauen ab. Ein mehrmonatiger Aufenthalt ist bei traumatisierten Frauen sinnvoll, da sie erst wieder mühsam lernen müssen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Sobald sie jedoch stabilisiert sind, kann langes Warten einen verheerenden Effekt haben. Denn es untergräbt jede Hoffnung auf ein selbstbestimmtes Leben.

Weil es an Folge-Unterkünften fehlt, gibt es Frauen, die wieder zurück zu ihren Peinigern gehen, weil sie die Aussichtslosigkeit, eine eigene Wohnung zu finden, nicht mehr aushalten.

Parallel zu dieser Entwicklung ist die Aufnahme für andere Opfer von Bedrohung oder Gewalt zum Teil über einen längeren Zeitraum blockiert als erforderlich.

Der Landtag spricht sich dafür aus,

- eine Initiative für mehr sozialen Wohnungsbau zu starten, um von Gewalt bedrohten oder betroffenen Frauen und ihren Kindern den Weg in ein befreites Leben innerhalb unserer Gesellschaft zu ermöglichen;
- die Voraussetzungen zu schaffen, dass mehr von Gewalt bedrohten oder betroffenen Frauen und ihren Kindern geholfen werden kann.

Für die Fraktion:  
Martin Brandl